

Ernst Aust

Rede: gehalten am 7. März 1976 auf der Großveranstaltung zur

Gründung der Sektion DDR der KPD/ML

*(Auszüge, veröffentlicht in:
Roter Morgen, Nr. 12 vom 20. März 1976)*

Liebe Kollegen, Freunde, Genossinnen und Genossen,
ich freue mich, heute und hier aus der Westfalenhalle in Dortmund, in unsere aller Namen unseren in der DDR unter den schwierigen Bedingungen der Illegalität kämpfenden Genossinnen und Genossen der Sektion unserer gemeinsamen Partei, der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten, die heißesten und herzlichsten Kampfesgrüße entbieten zu können.

Wie die Gründung der KPD/ML um die Wende des Jahres 1968/69, so ist auch die Gründung der Sektion DDR unserer Partei um diese Jahreswende 1975/76 ein historischer Akt, ein glänzender Erfolg des Marxismus-Leninismus, ein großer Fortschritt für die deutsche Arbeiterklasse in ihrem Kampf für die sozialistische Revolution in beiden deutschen Staaten und für die Errichtung eines vereinten, unabhängigen und sozialistischen Deutschlands.

Unser Dank an dieser Stelle gilt auch den Genossen unserer Partei, die schon seit über zwei Jahren in unermüdlicher Kleinarbeit, ungeachtet der damit verbundenen Gefahren, die Kontakte zu unseren Genossen drüben knüpften und festigten. Vor allem aber gilt unser Dank jener Stimme, die trotz faschistischer Zensur, trotz massiver Störversuche, Tag für Tag die Arbeiterklasse, die Werktätigen der DDR erreicht, der Stimme von RADIO TIRANA, der Stimme des Leuchtfuers des Sozialismus in Europa, der Stimme der Volksrepublik Albanien und seiner ruhmreichen, prinzipienfesten, marxistisch-leninistischen Partei der Arbeit mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze.

Die nationale Frage auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens und heute

Wir älteren Genossen unserer Partei erinnern uns noch genau der Zeit, als auf deutschem Boden der erste deutsche Arbeiter- und Bauernstaat entstand, auf den sich damals die hoffnungsvollen Blicke auch der westdeutschen Werktätigen richteten. Es war keine leichte Zeit. Unsere Städte und Werke in Trümmern, Hunger und Elend, Lebensmittelkarten, auf die es einige Gramm Brot, Fett und ab und zu auch mal ein Ei gab. Ein blühender schwarzer Markt, auf dem sich die Schieber bereicherten. Viele hunderttausend Männer noch in Kriegsgefangenschaft. Anders als nach dem ersten Weltkrieg wurde der Hitlerfaschismus zerschlagen, ohne dass die breiten Massen des werktätigen deutschen Volkes sich zum revolutionären Kampf erhoben, sich im Geiste der proletarischen Revolution zusammengeschweißt hätten. Verzweiflung, Resignation, eine abwartende Haltung waren weit verbreitet.

Doch es gab eine große Hoffnung für das deutsche Proletariat, das war die siegreich aus dem Krieg hervorgegangene große sozialistische Sowjetunion unter der Führung des Genossen Stalin. Da der Hitlerfaschismus, Instrument des deutschen Finanzkapitals, hauptsächlich durch die sozialistische Sowjetunion zerschlagen worden war, war die Sowjetunion stark genug, gegenüber den imperialistischen Alliierten das Potsdamer Abkommen durchzusetzen. Dieses Potsdamer Abkommen enthielt Bestimmungen, die für die Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution in Deutschland günstige Bedingungen schufen. Es wurden Maßnahmen beschlossen, die bei ihrer Durchführung die weitgehende Liquidierung des deutschen Imperialismus bedeutet hätten: der faschistische Staatsapparat

sollte aufgelöst und Deutschland völlig entmilitarisiert werden; hinzu kamen wirtschaftliche Beschlüsse über die völlige Demontage der Kriegsindustrie, die Entflechtung der Monopole sowie über den Aufbau einer auf Konsumgüter und Landwirtschaft konzentrierten Friedenswirtschaft. Hinzu kamen Beschlüsse, die der Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus dienen sollten, wie der Beschluss über die Beseitigung aller `nazistischen Gesetze, welche die Grundlage für das Hitlerregime geliefert hatten`; die Verordnung `keine Diskriminierung (auf Grund der Rasse, Religion oder politischen Überzeugung) weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden`, sowie die Entfernung aller `Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben... aus den öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und den verantwortlichen Posten der wichtigen Privatunternehmen` ua.m. Das alles hätte bei konsequenter Anwendung in Verbindung mit den anderen Prinzipien des Abkommens die Wiedererrichtung eines imperialistischen Staatsapparates weitgehend unmöglich gemacht. Außerdem enthielt das Potsdamer Abkommen die feierliche Verpflichtung, die Einheit Deutschlands unangetastet zu lassen.

An der Durchführung des Potsdamer Abkommens, das die weitgehende Liquidierung des deutschen Imperialismus vorsah, am Abschluss eines Friedensvertrages auf seiner Grundlage, waren nicht nur die Völker, die gegen Hitlerdeutschland gekämpft hatten, sondern auch die deutsche Arbeiterklasse und ihre Verbündeten interessiert. Nicht wirklich daran interessiert waren die deutschen Imperialisten. Nicht wirklich daran interessiert waren auch die westlichen Imperialisten. Sie hatten zwar ein Interesse an der Ausschaltung eines Konkurrenten, allerdings nicht unter den Bedingungen, die zu einem sozialistischen Deutschland geführt hätten.

So war denn der Kampf um die Durchführung des Potsdamer Abkommens und den Abschluss eines Friedensvertrages, der u.a. die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen zur Nationalversammlung, Abzug aller Besatzungstruppen, die Ablehnung von Beteiligung an Militärbündnissen, das Recht auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität vorsah, ein scharfer Klassenkampf zwischen dem Imperialismus und dem deutschen Proletariat unter der Führung seiner kommunistischen Partei, wobei die sozialistische Sowjetunion und die Rote Armee dem deutschen Proletariat besondere Hilfe leisteten.

Wir wissen, wie dieser Kampf in Westdeutschland ausging. Um ihre verlorene Macht zu retten, war die deutsche Monopolbourgeoisie zu jedem Zugeständnis bereit. Da sie sich nicht mehr imstande sah, ganz Deutschland ihrer kapitalistischen Herrschaft zu unterwerfen, sabotierte sie mit Hilfe des US-Imperialismus das Potsdamer Abkommen, sprengte sie die Einheit der Nation, löste sie Westdeutschland aus dem Nationalverband der Deutschen heraus und unterwarf es den Interessen des amerikanischen Finanzkapitals.

Dieser Spaltungspolitik der westdeutschen Monopolbourgeoisie unter der Führung der US-Imperialisten stellte damals die KPD die korrekte Losung von der Errichtung der anti-faschistisch-demokratischen Ordnung entgegen. Diese Losung bedeutete keineswegs eine Revision der Losung vom revolutionären Ausweg aus der Krise. Sie stellte vielmehr die korrekte Taktik des Herangehens an die sozialistische Revolution unter den damaligen Bedingungen in Deutschland dar. Sie bedeutete keine „Etappe“ im Sinn von strategischer Periode, weil die deutsche demokratische Revolution in Deutschland nicht mehr durchzuführen, sondern allenfalls in gewisser Hinsicht zu vollenden war. Die Deutung der anti-faschistisch-demokratischen Ordnung als eigenständige „demokratische“ strategische Periode ist revisionistisch und wurde von Ulbricht entwickelt.

Der Kampf um die Durchsetzung der anti-faschistisch-demokratischen Ordnung in ganz Deutschland setzte die Erhaltung der nationalen Einheit, den Abzug der Besatzungstruppen und den Abschluss eines Friedensvertrages voraus. Die KPD-SED setzten der Spaltungspolitik der Westmächte von Anfang an den „Deutschen Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden“ entgegen, der seinem Wesen nach ein gesamtdeutsches revolutionäres

Organ des Proletariats und seiner Verbündeten war. Aus der sich verbreiternden Volkskongressbewegung entwickelte sich 1949 und 1950 die „Nationale Front des demokratischen Deutschlands“ als eine anti-imperialistische Befreiungsbewegung aller deutschen Patrioten. In der Nationalen Front drückte sich das Streben des deutschen Volkes nach einem vereinten, unabhängigen und demokratischen Deutschland aus.

Genossinnen, Genossen,

lasst mich an dieser Stelle ein paar Worte zu jener Strömung in der revolutionären Bewegung Westdeutschlands sagen, die sich in dem Versuch der GRF (KPD) ausdrückt, den Kampf für die sozialistische Revolution von der Tagesordnung abzusetzen und ihn dem Kampf für die nationale Unabhängigkeit unterzuordnen. Vielleicht haben sie diese Periode des Klassenkampfes in Deutschland im Auge, wenn sie heute von der Frage des „Herankommens an die proletarische Revolution“ sprechen, wenn sie die nationale Frage heute als das Hauptkettenglied des revolutionären Kampfes betrachten, wenn sie sagen: „dass trotz unterschiedlicher Wege die Arbeiterklasse und die Volksmassen der geteilten Nation in einer gemeinsamen revolutionären Strategie vereinigt werden müssen.“

Nun, was die Frage der „gemeinsamen revolutionären Strategie“ betrifft, so hat unsere Partei bereits in ihrer Gründungserklärung 1968/69 das gemeinsame strategische Ziel der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen sowohl Westdeutschlands wie auch der DDR bestimmt: ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. Und es war unsere Partei, die allen Anfeindungen, allen Diffamierungen (auch seitens der „Roten Fahne“) zum Trotz in ihrer ZK-Erklärung „Deutschland dem deutschen Volk“ Ende 1973 die große Bedeutung der nationalen Frage sowohl unter dem Gesichtspunkt des weltweiten Kampfes gegen die beiden imperialistischen Supermächte als auch im Hinblick auf die besonderen Bedingungen der sozialistischen Revolution in Deutschland zusammenfasste.

Nur sind wir in dieser Erklärung nicht - wie die GRF (KPD) heute - in den Fehler verfallen, die soziale Frage der nationalen Frage unterzuordnen, sondern haben klipp und klar erklärt, „dass ihre Lösung untrennbar verbunden ist mit der allgemeinen Frage der sozialistischen Revolution.“

Damals, Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre, stellte sich die nationale Frage unter den besonderen Bedingungen des Potsdamer Abkommens. Wie lautete damals die zentrale Forderung der Partei? „Wiedervereinigung Deutschlands als einheitlicher, demokratischer, friedliebender, unabhängiger Staat und Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland“.

Eines Friedensvertrages eben auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens

Was aber hätte die Erfüllung dieser Forderung damals konkret bedeutet? Dass ein Deutschland entstanden wäre ohne Monopole, ohne imperialistischen, sondern allenfalls mit einem sehr schwachen bürgerlichen Staatsapparat, ohne, oder nur mit sehr schwacher bewaffneter Macht der Bourgeoisie, unter Entfernung aller ehemaligen führenden Nazis aus Amt und Würden usw., mit einer starken sozialistischen Basis in der DDR. Von da bis zur Errichtung der sozialistischen Macht in ganz Deutschland wäre es nur noch ein kleiner Schritt gewesen.

Heute, da die Voraussetzungen des Potsdamer Abkommens fehlen, da der deutsche Imperialismus wiedererstarkt ist, da in der DDR der Kapitalismus restauriert wurde, kann es nicht einfach um die Wiedervereinigung Deutschlands als „einheitlichen, demokratischen, friedliebenden, unabhängigen Staat“ gehen. „Denn“, so heißt es in unserer ZK-Erklärung, „weder ein Deutschland unter der Diktatur des Finanzkapitals, des westdeutschen Imperialismus, noch ein Deutschland sozialfaschistischer, sozialimperialistischer Prägung wäre ein friedliebender, demokratischer, unabhängiger Staat. Weder das deutsche, noch die anderen Völker Europas könnten und würden sich mit solch einem einheitlichen Deutschland

abfinden.“ Darum kann die Wiedervereinigung Deutschlands heute nur in einem vereinten, unabhängigen und sozialistischen Staat erfolgen.

Wenn dagegen die GRF (KPD)-Führer der Meinung sind, dass die nationale der sozialen Frage übergeordnet ist, müssen sie logischerweise daraus schließen, dass die Wiedervereinigung Deutschlands ohne die sozialistische Revolution nicht nur möglich (das ist sie zweifellos), sondern auch anzustreben sein. Dann aber mögen sie auch bitte so ehrlich sein und ihre zentrale Losung in `für ein unabhängiges, vereintes, imperialistisches Deutschland` ändern. (...)

Genosse Lenin hat in der Auseinandersetzung mit der Genossin Rosa Luxemburg über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen folgendes gesagt: „Es unterlag für Marx keinem Zweifel, dass im Vergleich zur Arbeiterfrage die nationale Frage von untergeordneter Bedeutung ist. Aber von einer Ignorierung der nationalen Bewegung ist seine Theorie himmelweit entfernt.“ Genossen, das ist auch unser Standpunkt. Die nationale Frage ist von großer Bedeutung und wir ignorieren sie nicht und haben sie nie ignoriert. Aber sie ist der Klassenfrage, dem Kampf für die sozialistische Revolution untergeordnet.

Die sozialistische DDR war eine große Hoffnung der deutschen Arbeiterklasse

Genossen, viele von euch sind noch jung, und wir sollten uns heute daran erinnern, dass die DDR einmal ein sozialistischer Staat war, auf den sich die Hoffnungen und die Blicke nicht nur der Werktätigen Westdeutschlands, sondern ganz Europas richteten. Schon früh wurde das Eigentum der Kriegsverbrecher und Nazis beschlagnahmt. Die Monopole wurden restlos beseitigt. Verkehrsmittel, Banken, der größte Teil der Industrie und des Handels wurden in Volkseigentum überführt. Die Bodenreform begann schon im Herbst 1945. Es wurden damals 6986 Güter und 3082 Besitzungen von Nazis konfisziert, insgesamt 3,1 Millionen Hektar Land. Davon wurden 2 Millionen Hektar an 543 000 landlose und landarme Bauern verteilt und 1000 volkseigene Güter geschaffen.

Es waren schwierige Bedingungen, unter denen der Aufbau des Sozialismus in der DDR vor sich ging. Die vor der Roten Armee zurückweichenden Faschisten hatten Industrieanlagen, Werke und auch Verkehrswege zerstört. Aber auch die Amis warfen angesichts des Vormarsches der Roten Armee auf Leuna und andere Werke Bomben. Die Imperialisten haben Industrieanlagen, Unterlagen, ja sogar Personal aus der DDR nach Westen verlagert. Ein schwerer Schlag für die DDR, die keine eigene Schwerindustrie besaß, war es, dass die Imperialisten das Ruhrgebiet und das Saarland von der DDR abschnitten.

Aber bereits 1950 wurde der erste Zweijahresplan aufgestellt und vorfristig erfüllt. Sofort nachdem das Ruhrgebiet von der DDR abgeschnitten worden war, wurde in der Nähe von Frankfurt das Hüttenwerk „J. W. Stalin“ errichtet. Der erste Hochofen wurde 1951 angeblasen. Im gleichen Jahr entstand das Eisenhüttenwerk West an der Saale. In Stralsund, Wismar und Warnemünde wurden große Werften erbaut. Neue Walzstraßen in Risa, Hennigsdorf, Maxhütte. Die Textil- und Leichtindustrie wurde wieder aufgebaut, der Braunkohleabbau wieder aufgenommen – ich erinnere nur an das Werk „Schwarze Pumpe“. Und auch im Kulturwesen setzte sich der Sozialismus durch. Im Gegensatz zur revisionistischen `Kultur` von heute entstanden damals in der DDR revolutionäre Filme, die heute drüben praktisch nicht mehr aufgeführt werden.

Das alles war nur möglich im harten Klassenkampf. Der Sozialismus wurde in der DDR nicht friedlich errichtet, wie uns Ulbricht später weismachen wollte. Die Voraussetzungen für die Errichtung des Sozialismus in der DDR war die bewaffnete Zerschlagung des deutschen Imperialismus in der DDR vor allem durch die Rote Armee. Unter dem Schutz der Roten Armee entstanden die proletarischen Kampfverbände. Der Klassengegner versuchte natürlich von Westdeutschland und Westberlin, diesem Brückenkopf des Imperialismus, aus, die Bevölkerung der DDR gegen die Diktatur des Proletariats aufzuhetzen. Sie warben Agenten

an, schleusten Spitzel ein. Die Genossen, die damals diese Verhältnisse kennen gelernt haben, werden noch wissen, wie Sabotage verübt wurde, wie Kommunisten in der DDR ermordet wurden.

Diese Schwierigkeiten konnten nur überwunden werden, wenn es gelang, die unverbrüchliche Einheit zwischen dem Proletariat und seiner Verbündeten zu schmieden. Die Voraussetzung dafür war die stählerne Einheit von Partei und Arbeiterklasse. Dazu musste an der Reinheit der Partei, an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus festgehalten werden. Das war eine Lebensfrage für die DDR. Die erfolgte notwendige Vereinigung von KPD und SPD in der DDR zur SED hatte neben ihren positiven Seiten aber auch negative Aspekte. Ihr wisst, dass es damals nach dem Krieg in Deutschland eine große spontane Bewegung zur Vereinigung beider Parteien gab. Und es war richtig, dass sie in Angriff genommen wurde. Aber es lag auch eine große Gefahr darin. Mit den sozialdemokratischen Genossen kam nämlich auch der Sozialdemokratismus, der revisionistische Wurm, in die Partei hinein.

Das Mittel dagegen war der vorrangige ideologische Aufbau der Partei, die Bolschewisierung der SED im Kampf gegen den Sozialdemokratismus und Revisionismus, gegen Pragmatismus und Bürokratismus. Und von größter Bedeutung war die Schmiedung der großen Einheit von Partei, Klasse und Massen. Genossen, wenn es diese Einheit von Partei, Klasse und Massen gibt, dann ist das Volk unüberwindlich, dann kann man keinen Revisionismus durchsetzen, dann werden die Feinde abprallen. Deshalb ist diese stählerne Kampfgemeinschaft ungeheuer wichtig, nicht nur im Sozialismus, sondern auch im Kampf für die Errichtung des Sozialismus.

Diesen Weg gingen damals die revolutionären Marxisten-Leninisten in der SED, zu denen allerdings Ulbricht und Honecker nie gehört haben. 1948/49 gab es beispielsweise eine Kampagne zur Bolschewisierung der SED. Das darf man auf keinen Fall unterschlagen. Es waren Maßnahmen vorgesehen zur revolutionären Erziehung und Schulung, gegen Karrierismus, zur Ausrichtung der Partei auf die Betriebe, zur Entfaltung der Massenlinie. Doch Ulbricht und Konsorten verhinderten ihre konsequente Durchführung. Und dennoch war der sozialistische Aufbau der DDR in diesen ersten Jahren ein großer Erfolg. Es war unsere Hoffnung.

Zur Kritik an der Gründung der Sektion DDR unserer Partei

Die Marxisten-Leninisten in aller Welt haben die Gründung der Sektion DDR unserer Partei begeistert begrüßt. Ich will hier nur eine Stimme zitieren, auch wenn einige sie schon aus dem ROTEN MORGEN kennen:

„Die albanischen Kommunisten, unsere Arbeiterklasse und das gesamte Volk freuen sich von ganzem Herzen über die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML und begrüßen sie flammend. `Die Partei der Arbeit Albaniens`, hat Genosse Enver Hoxha betont, `wird die marxistisch-leninistische Bewegung, alle, die gegen Imperialismus und Revisionismus für den Sieg der Revolution und des Sozialismus kämpfen, mit allen Kräften und Möglichkeiten unterstützen. Das sozialistische Albanien entbietet den deutschen Marxisten-Leninisten und allen Revolutionären zur Gründung der Sektion DDR der KPD/ML revolutionäre Grüße und wünscht ihnen neue Siege in der sozialistischen Revolution.`“ Das schrieb „Zeri i Popullit“, das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens.

Halten wir das Geschimpfe der Trotzlisten vom KB Nord dagegen. Wörtlich haben die geschrieben: „Es liegt auf der Hand, dass die gesamte Sektion DDR der KPD/ML nichts weiter ist als ein Schreibtischprodukt des schon immer phantasiebegabten ML-Vorsitzenden Ernst Aust.“ Nun, das kann niemanden wundern, wir kennen diese Leute. Vielleicht ist auch die KPD/ML so ein Schreibtischprodukt, das irgendwo in der Gegend herumflattert.

Vom KB Nord sind wir dergleichen gewohnt. Aber auch die GRF, die sich KPD nennt, hat sich nicht entblödet, in das gleiche Horn zu stoßen. Wörtlich heißt es in der „Roten Fahne“

Nr. 9, S. 10: „Der Verdacht drängt sich auf, dass es sich bei dieser Sektionsgründung um ein taktisches Manöver vom Schreibtisch aus handelt, das nur den Zweck hat, die Verhandlungspositionen der KPD/ML gegenüber unserer Partei zu verbessern, das also einem kleinbürgerlichen Konkurrenzdenken entsprungen ist.“ Das ist schon ein Hammer, das muss man zweimal lesen. Wir hätten die Partei in der DDR am Schreibtisch gegründet? Das sollen sie mal den Genossen, die seit über zwei Jahren die Verbindungen geknüpft haben, und den Genossen in der DDR selbst ins Gesicht sagen ! Wir wollen die Verhandlungsposition ihnen gegenüber verbessern ? - Da wäre es doch das Beste, um diesen Verdacht zu entkräften, wenn wir die Verhandlungen gleich abbrechen ! Wie stellen sich diese Leute eigentlich die Herstellung der Einheit der Marxisten-Leninisten vor ? Als Schacher ? Du hast die Position, ich habe die Position, dann rechnen wir zusammen und irgendwie werden wir uns einigen ? - Nein, Genossen, so stellen wir uns den Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten nicht vor. Wir sagen ganz offen: Wenn sie so weitermachen wollen, wenn sie nicht den Kampf um die Prinzipien des Marxismus-Leninismus führen, sondern in der Art dieses Artikels fortfahren wollen, sagen wir ihnen ganz klar und ehrlich: dann können sie uns kreuzweise.

Man muss diesen Artikel – ich empfehle ihn als negatives Beispiel – gelesen haben. Da schreiben sie zur Gründungserklärung der Sektion DDR unserer Partei: „Ein Dokument des Opportunismus und der Spaltung.“ An der Erklärung wird kritisiert, es stünde nichts von der revisionistischen Entartung der KPdSU, nichts von Thälmann, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, von der 5. Kolonne des russischen Sozialimperialismus und der Rolle der Arbeiteraristokratie, vom 20. Parteitag der KPdSU, von der Entartung der KPD usw., darin. Abgesehen davon, ob das überhaupt stimmt, können wir hinzufügen: Es steht nichts von Pieck und Grotewohl, vom FDGB, von der kapitalistischen Warenwirtschaft, vom großen Vaterländischen Krieg oder vom Bauernkrieg darin. Genossen, in letzter Konsequenz heißt das, die Gründungserklärung muss schon das fertige wissenschaftliche Programm sein. Abgesehen davon, dass die Sektion DDR sich ja auf den programmatischen Grundlagen unserer Partei gegründet hat, läuft diese Fragestellung auf die Behauptung hinaus, dass es ohne Programm keine Partei geben könne. Dann wäre die KP Chinas 27 Jahre lang keine Partei gewesen, weil sie ihr Programm erst 27 Jahre nach der Parteigründung verabschiedet hat. Die Albaner hätten sich überhaupt nicht befreien und die Volksmacht errichten dürfen, weil die Partei ihr Programm noch nicht geschrieben hatte. Sehen wir uns spaßeshalber das Gründungsdokument der KPD an. Da steht nichts von Marx, Engels und Lenin darin, nichts von der großen sozialistischen Oktoberrevolution usw. Was hätten die Gründungsmitglieder der KPD zu hören bekommen, wie wären Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von der GRF kritisiert worden, wenn es sie damals schon gegeben hätte. Aber sollen die Führer der GRF sich doch einmal ihre eigene Gründungserklärung vornehmen und sie mit der Gründungserklärung der Sektion DDR der KPD/ML vergleichen. Aber sie können sich beruhigen. Das Programm unserer Partei wird ein gesamtdeutsches Programm sein. Es wird mit den Genossen der DDR gemeinsam ausgearbeitet und beraten und auf dem Parteitag verabschiedet werden.

Zweitens werfen sie uns vor, dass wir die Gründung der Sektion DDR unserer Partei nicht mit ihnen abgesprochen haben... Warum hätten wir sie informieren sollen ? Sind wir denn eine Partei ? Sicher, wir streben da hin, aber noch ist es nicht so weit.

Sie führen dann ihre Verdienste an, ihre Propagandamaterialien zirkulieren in der DDR ? - Was meine sie denn, was unsere tun, wie die Genossen drüben zu uns gekommen sind ? Sie führen an, sie hätten bei den Weltjugendfestspielen diskutiert, hätten am 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus am Treptower Ehrenmal demonstriert und seien verhaftet worden. Niemand, wir zu allerletzt, will ihnen jegliche Verdienste absprechen. (...)

Aber Genossen, das ist doch keine ernsthafte und konsequente Arbeit zum Aufbau der Partei in der DDR. Wir haben davon eine andere Auffassung. Der Parteaufbau muss ideologisch vorbereitet werden, man muss da sorgfältig und vorsichtig herangehen. Wir sind keine

Showpartei und keine Abenteurer. Wir sind nie in den Fehler verfallen, der Bourgeoisie die Hälfte unserer Genossen bei Wahlen als Kandidaten zu präsentieren, und wir haben die Namen der Mitglieder unseres Zentralkomitees nie preisgegeben. Solange diese Fehler bei der GRF nicht verschwunden sind, sind sie für uns ein weiterer Grund dafür, sie nicht über die Arbeit in der DDR zu informieren, weil wir nach Möglichkeit jedes Risiko ausschließen müssen, auf Grund dessen unsere Genossen dem Stasi in die Hände fallen könnten. Auch Risiken, die nicht bewusst, sondern durch Leichtsinn geschaffen werden. (...)

So wie wir die Führer der GRF kennen, müssen wir damit rechnen, dass sie ihre Spaltertätigkeit nun fortsetzen und uns bald eine GRF in der DDR präsentieren werden. Wir hoffen, dass sie diesen Weg nicht beschreiten werden. Wir möchten der GRF mit dem – nun auf sie gemünzten – Schlussabsatz des bereits zitierten Artikels der „Roten Fahne“ antworten: Wenn wirklich nur ein Funke des Geistes der ernsthaften Selbstkritik vorhanden ist, dann gilt es, ihn jetzt anzuwenden. Die Mitglieder der GRF (KPD), die den revolutionären Wunsch nach Einheit besitzen, haben die Verpflichtung, weiteren Schaden abzuwenden und solchen unverantwortlichen Manövern - und ich möchte hier hinzufügen, nicht nur den unverantwortlichen Manövern, sondern klassenversöhnlerischen, antimarxistisch-leninistischen Auffassungen ihrer Führer - konsequent entgegenzutreten.

Sie, die Führer der GRF, werfen uns vor, wir wollten durch die Gründung der Sektion DDR unserer Partei vom ideologischen Kampf ablenken. Die Gründung der Sektion DDR und die Vereinigung der Genossen auf der korrekten marxistisch-leninistischen Grundlage ist scharfer ideologischer Kampf gegen den modernen Revisionismus. Und wir führen auch - vielleicht lesen sie den ROTEN MORGEN zu unaufmerksam – seit langem den ideologischen Kampf mit ihnen. Und das sehr erfolgreich. So haben sich auf Grund dieses ideologischen Kampfes in der letzten Zeit über 100 Genossen der GRF und ihrer Massenorganisationen von der GRF getrennt und sind zur Partei gekommen.

Eine gemeinsame Partei, ein gemeinsames Programm, ein gemeinsames Ziel

Als ich die Nummer des ROTEN MORGEN mit der Gründungserklärung der Sektion DDR unserer Partei verkaufte, sprach mich ein Genosse des KBW an: „Wieso KPD/ML in der DDR gegründet? Das dürft ihr doch nicht.“ Genossen, und ob wir das dürfen ! Im Statut unserer Partei vom 31. 12. 1968 steht in der Präambel folgender Satz:

„Die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten vereinigt den fortschrittlichen Teil der Werktätigen Deutschlands in ihren Reihen. Die Partei kämpft gegen alle Spalter der Nation.“ Und im Absatz 4 des Statuts unserer Partei steht: „Mitglied der Partei kann werden, wer seinen Wohnsitz in Deutschland hat.“ Wohnen unsere Genossen in der DDR vielleicht nicht in Deutschland? Natürlich wohnen sie in Deutschland.

Da gibt es Leute – z.B. von der „Strömung“ -, die behaupten, wir seien Revanchisten, weil unsere Partei in ganz Deutschland kämpft. Waren die Nordvietnamesen etwa Revanchisten bzw. Chauvinisten als sie ihren Klassenbrüdern im Süden zur Hilfe kamen ... ? Wenn die deutsche Arbeiterklasse in West und Ost sich gegenseitig in ihrem Kampf gegen die beiden Supermächte, gegen die wachsende Kriegsgefahr, für die Errichtung bzw. Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats in beiden deutschen Staaten unterstützt, dann ist das die Klassensolidarität einer Arbeiterklasse, nämlich der deutschen. (...)

Die GRF wirft uns vor, dass wir die Honecker-Clique nicht nur als Landesverräter, sondern auch vom Klassenstandpunkt aus als neue Bourgeoisie angreifen. Wörtlich schreiben sie, wir würden „die neue Bourgeoisie mit den Sozialimperialisten in einen Topf werfen“. Erstens tun wir das nicht, sondern wir sagen, dass die neue Bourgeoisie der DDR vollständig von der russischen Monopolbourgeoisie beherrscht wird, dass die neuen Bourgeois der DDR Lakaien Moskaus sind. Zum anderen, wer ist denn diese staatsmonopolistische Bourgeoisie in der DDR, die wir angeblich nicht als Ausbeuter und Unterdrücker angreifen dürfen ? Das sind

nicht viele. Das sind nicht mehr als das Finanzkapital in Westdeutschland. Einige hundert Leute, mehr nicht. Das ist die Parteispitze, das Politbüro, das Sekretariat der SED. Das ist der Ministerrat, das sind die Vorsitzenden der vereinigten Volkseigenen Betriebe, das sind einige höchste Generäle. Zählt man alles zusammen, ist es eine ziemlich kleine Schicht, die alle Machthebel in der Hand hat. Sie stützt sich natürlich auf eine andere, von ihr bestochene bourgeoise Schicht, die breiter ist und aus hohen Technikern, Wissenschaftlern, Funktionären, LPG-Vorsitzenden und Betriebsleitern usw. besteht. Honecker hat gesagt, er sei der Meinung, dass er den Kommunismus noch erleben werde. Ich bin der Meinung, dass er noch untertrieben hat. Der Honecker lebt schon im Kommunismus, nur die Arbeiter nicht ... Diese Art von Kommunismus wird die Arbeiterklasse sich allerdings nicht gefallen lassen. Wie lebt denn die großbürgerliche Schicht in der DDR ? Die haben alles. Ihre Villen und Datschas in besonderen Gebieten, Hausmädchen usw. Sie leben genauso wie die Bourgeoisie im Westen. Aber wie gesagt, das ist natürlich eine kleine Schicht. Nicht jeder kleine Parteisekretär, nicht jeder kleine Betriebsleiter lebt so. Sie haben oft das Doppelte eines Arbeiterlohnes, aber nicht mehr.

Das muss man natürlich genau analysieren. Nur eines ist klar: Der Kampf der Arbeiterklasse in der DDR richtet sich genauso wie der Kampf der Arbeiterklasse in Westdeutschland gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker. Und das ist eben die Bourgeoisie. In der DDR also nach der russischen Monopolbourgeoisie auch die neue ostdeutsche Bourgeoisie.

Was will die GRF den Arbeitern hier sagen ? Will sie ihnen sagen: Kämpft nur noch gegen den USA-Imperialismus oder den Sozialimperialismus ? Die Arbeiter werden sie auslachen. Und so ist es auch in der DDR. Die Arbeiter sehen doch, wer sie ausbeutet, und sie sehen, dass diese Leute völlig abhängig vom Sozialimperialismus sind. Deshalb muss sich der Kampf der Genossen in der DDR, der Kampf der Arbeiterklasse in der DDR eben gegen die herrschende russische Monopolbourgeoisie richten und gegen die neue Bourgeoisie der DDR, die vollständig von Moskau abhängig ist. Wenn die GRF so argumentiert, dass die neue Bourgeoisie nur als Landesverräter angegriffen werden darf, bedeutet das praktisch, dass der Kampf für die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats in der DDR fallengelassen und der Kampf für die Unabhängigkeit vom Sozialimperialismus zur Hauptaufgabe werden soll. (...)

Wir haben nun eine marxistisch-leninistische Partei, die KPD/ML, für ganz Deutschland. Sie hat ein Zentralkomitee, in dem prinzipiell Mitglieder der einzelnen Sektionen unserer Partei (Bundesrepublik, Westberlin, DDR) vertreten sind. Das Zentralkomitee bestimmt die strategische Linie des Kampfes für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. In taktischen Fragen, die die Führung des Klassenkampfes in der DDR, der Bundesrepublik oder in Westberlin betreffen, besteht natürlich eine gewisse Selbständigkeit der Sektionen. Natürlich sind die Bedingungen für den Kampf in den Gewerkschaften in der DDR anders als in der Bundesrepublik oder in Westberlin. Da müssen konkrete Analysen gemacht werden. Oder nehmen wir die Frage der revisionistischen Partei. In Westdeutschland ist die Sache für uns klar: Kein Bündnis, keine Aktionseinheit mit den modernen Revisionisten, nur schonungsloser Kampf. In der DDR stellt sich die Frage sicher etwas anders. Unter dem Hitlerfaschismus hatten die Genossen ja auch den Auftrag, in die SA hineinzugehen und dort zu arbeiten. Von den polnischen Genossen wissen wir, dass ihre Mitglieder ebenfalls in der revisionistischen Partei arbeiten, den Marxismus-Leninismus dort verteidigen, wobei sie es ausnutzen, dass die Revisionisten sich ja in Worten auch auf den Marxismus-Leninismus berufen. Auch diese Frage muss für die DDR konkret untersucht werden.

Das heißt: Die Taktik des Klassenkampfes ist in vieler Hinsicht in Westdeutschland und der DDR verschieden. Was uns aber verbindet, sind die Prinzipien des Marxismus-Leninismus, ist unser gemeinsames Programm und die gemeinsame Führung durch das Zentralkomitee sowie die Durchführung der gemeinsamen Beschlüsse im Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Wer ist der Hauptfeind der sozialistischen Revolution ?

Ich möchte jetzt gleich überspringen auf eine Frage, die hier bestimmt von Interesse ist. Das ist die Frage des Hauptfeindes. Ihr wisst, im März vergangenen Jahres habe ich in Kiel eine Rede gehalten. In Bezug auf diese Rede wird jetzt versucht, Widersprüche innerhalb des Zentralkomitees zu erzeugen. Auf der einen Seite soll angeblich ich stehen und auf der anderen Seite Kräfte, die dagegen angehen. Ich vertrete die korrekte Linie, die anderen die verkehrte. Genossen, eines ist doch klar: Wenn ich eine Rede von grundsätzlicher Bedeutung halte, dann wird diese Rede natürlich im Zentralkomitee durchgesprochen. Das gibt es doch gar nicht anders.

Diese Rede, Genossen, war ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr. Sie hat eine große und wichtige Diskussion ausgelöst. Die Analyse des russischen Sozialimperialismus, die wir in dieser Rede gegeben haben, ist vollkommen korrekt. Er ist, was die Frage des Krieges betrifft, der gefährlichste Feind der Völker. Er ist die jüngere, aufstrebende, imperialistische Supermacht, die, wie einst Hitlerdeutschland, mit aller Macht die Neuaufteilung der Welt anstrebt. Nach innen herrscht in der Sowjetunion eine faschistische Diktatur von der Art Hitlers. Der russische Sozialimperialismus versklavt die Völker in seinem Bereich. Er hat seine fünften Kolonnen. Gerade im letzten Jahr haben wir gesehen, wie er überall in der Welt auf dem Vormarsch ist. Dabei ist der US-Imperialismus, gerade jetzt haben wir es wieder von Ford gehört, keineswegs weniger gefährlich. Aber das haben wir auch nie behauptet ...

Aber ein Fehler ist in dieser Rede enthalten. Und zwar haben wir in unzulässiger Weise die Frage der Kriegsgefahr mit der Frage der sozialistischen Revolution vermischt. Der KBW ist sofort darauf angesprungen und hat gesagt, wir wollten in Westdeutschland den Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus einstellen. Genossen, das hat es ja nun zu keiner Zeit gegeben – trotz der Diskussion, die in der Partei gelaufen ist. Wer hat denn den westdeutschen Imperialismus hier bekämpft ? Das waren doch wir ! Warum sitzen denn unsere Genossen im Gefängnis ? Warum erhalten wir die hohen Geldstrafen ? Weil wir gegen die Bourgeoisie, den westdeutschen Imperialismus kämpfen. Diese „Strafen“ erhalten wir doch nicht vom Sozialimperialismus !

Wir haben über diese Frage des Hauptfeindes in der Partei und im Zentralkomitee diskutiert. Es ist ganz normal, dass es zeitweilig Diskussionen gibt um Fragen, die noch nicht geklärt sind. Wir haben uns auch mit den Bruderparteien beraten. Wie ihr wisst, auch mit den albanischen Genossen. Gerade Genosse Ramiz Alia hat uns zum Verständnis dieser Frage eine große Hilfe gegeben. Er hat sinngemäß gesagt: Genossen, macht euch doch die Frage nicht so schwer. Es ist doch ganz einfach. Wenn ihr da steht und kämpft, und ihr habt die Knarre in der Hand, auf wen schießt ihr denn ? Auf den, der euch gegenübersteht. Wenn der fällt, dann nehmt ihr den nächsten. Und wenn der fällt, dann nehmt ihr wieder den nächsten. Du bekämpfst erst den, der vor dir steht und machst dich nicht groß, um erst den, der dahinter steht, abzuschießen. Nach Meinung der GRF-Führer wird das wahrscheinlich eine bornierte Haltung des Genossen Ramiz Alia sein. Wir haben also klar gesagt, dass in Westdeutschland der westdeutsche Imperialismus der Hauptfeind der Revolution ist. Dann kommt der US-Imperialismus. Und wenn die Sozialimperialisten hier einmarschieren, dann sind sie der Hauptfeind.

Wir haben also einen Fehler gemacht. Es war völlig richtig, dass wir die Frage der wachsenden Kriegsgefahr auf die Tagesordnung und die Diskussion darüber in Gang gebracht haben. Nur ist es eben so, dass nach der Einschätzung der chinesischen Genossen, die wir teilen, sowohl die Faktoren des Krieges als auch die der Revolution im Wachsen begriffen sind. Es gibt also zwei Seiten und beide sind gleich wichtig. Man muss beide im Auge haben. Aber was kommt eher, der Krieg oder die Revolution ? Das können wir nicht sagen. Ich habe

in meiner Kieler Rede gesagt, es habe den Anschein, dass der Krieg zuerst kommt. Sollte diese Einschätzung stimmen – es kann auch anders kommen – selbst dann könnten wir uns doch nicht hinsetzen und bis zum Kriegsausbruch Däumchen drehen. Nein, Genossen, in der Zwischenzeit geht der Klassenkampf eisern weiter. Wenn ich in meiner Rede gesagt habe, dass die Revolution in Westdeutschland, in Frankreich oder auch in Belgien den Weltkrieg nicht wird verhindern können, so ist das korrekt. Aber wer kommt auf die Idee, daraus zu schließen, dass wir den Kampf um die Revolution eingestellt hätten ? Das ist doch vollkommen irrsinnig. Wir kämpfen gegen die Kriegsgefahr. Aber wie kämpft man denn gegen die wachsende Kriegsgefahr ? Etwa indem man sagt, dass man die Bundeswehr nicht mehr zersetzen will ? Das sagt die GRF, das hat ihr ZK-Mitglied Lenze gesagt ...

Ich habe in einer Analyse neulich gelesen, dass die Armeen der Niederlande, Dänemarks und Englands viel schwächer sein sollen als die Bundeswehr. Aber was sagen denn selbst die Bundeswehrsoldaten, wenn man sie fragt, was sie tun werden, wenn es zum Krieg kommt ? Eine ganze Reihe sagt: Ich gehe schnell in die Schweiz, nach Norwegen oder Dänemark usw. Die Soldaten haben keine Lust zu kämpfen. Das trifft für den größten Teil zu, das ist die reale Lage und das ist keineswegs schlecht. Die Soldaten wissen nämlich eines ganz genau. Sie fragen, für wen sollen wir kämpfen ? Sollen wir für Krupp und Thyssen kämpfen ? Das haben wir doch in zwei Weltkriegen erlebt, wie die Arbeiter dort verheizt worden sind für imperialistische Interessen. Das sehen und fühlen sie. Und der Krieg, der zwischen dem US-Imperialismus und dem Sozialimperialismus im Entstehen ist, ist ein imperialistischer Krieg. Die Soldaten haben keine Lust, sich verheizt zu lassen ...

Die Kollegen werden nicht auf die Barrikaden gehen und das Gewehr in die Hand nehmen, wenn du ihnen nicht sagst, dass es sich zu kämpfen lohnt, dass wir nicht ein imperialistisches Deutschland verteidigen, sondern für ein Arbeiter – und Bauern-Deutschland kämpfen. Das ist die Perspektive. Dafür müssen wir sie gewinnen und organisieren. D.h., wir müssen in der Bundeswehr arbeiten und die Bundeswehrsoldaten für unsere politischen, revolutionären Ziele gewinnen. Natürlich bedeutet das, dass wir die imperialistische Armee zersetzen. Sonst kann man nicht siegen.

Natürlich ist es richtig, die Forderung der Volksbewaffnung aufzustellen. Natürlich ist es richtig, wie ich es in einem Prozess gemacht habe, zu sagen: Jedes Jahr werden 8 Milliarden für die Amerikaner bezahlt, angeblich zur Landesverteidigung. Dann wäre es doch besser, mit den 8 Milliarden Gewehre zu kaufen und die Arbeiter und Bauern damit auszurüsten. Das sagen wir jederzeit: denn wir sind für die Ausrüstung der Arbeiter und Bauern mit Gewehren. Natürlich ist aber die Bourgeoisie dagegen.

Die GRF hat den Weg des Klassenverrats beschritten. Sie will den Klassenkampf einstellen. Sie streitet das natürlich ab. Aber wie sieht das in der Praxis aus ? Als ich neulich zu Bauern sprach, habe ich natürlich über die Agrarpreise gesprochen, über das Eingehen der Höfe usw. Ich habe übrigens auch vom Sozialimperialismus gesprochen. Aber ein Genosse der GRF stand auf und kritisierte, ich hätte nicht genug über die Kriegsgefahr, den Sozialimperialismus usw. geredet. Von Genossen aus der Bundeswehr weiß ich, dass inzwischen revolutionäre Soldaten der GRF davongelaufen sind, weil sie es einfach nicht verstehen, wenn zu ihnen gesagt wird, sie müssten aber jetzt das Vaterland verteidigen.

Der KBW macht das anders. Der unterschätzt die Kriegsgefahr. Er behandelt sie als eine Frage unter fernem Liefen. Und er sagt: Was ist das für ein Krieg, der auszubrechen droht ? - Das ist doch ein Krieg zwischen imperialistischen Mächten, also ein imperialistischer Krieg, an dem sich wahrscheinlich der westdeutsche Imperialismus auf westlicher und die DDR auf östlicher Seite beteiligen wird. Und sie sagen, Lenin lehrt uns, dass wir in einem imperialistischen Krieg die Gewehre gegen die eigene Bourgeoisie richten müssen. Das ist ja alles richtig. Aber was macht ihr denn, wenn die Sozialimperialisten hier durchmarschieren und die westdeutschen Imperialisten vertrieben sind oder kapituliert haben ? Sollen wir uns dann hinsetzen und sagen: Warten wir mal ab, vielleicht kommen sie wieder zurück und

dann richten wir die Gewehre gegen sie ? Oder sollen wir – wie es richtig ist – die Gewehre dann gegen die russischen Sozialimperialisten richten ? Nein, Genossen, wer so argumentiert, verrät die Interessen der Nation und der sozialistischen Revolution. Wir werden den Feind bekämpfen, der vor uns steht und wenn hier die russischen Sozialimperialisten einmarschieren, dann werden wir sie bekämpfen ...

Wir leugnen auch nicht, wie die GRF uns unterstellt, die Notwendigkeit einer gesamtdeutschen patriotischen, anti-imperialistischen Einheitsfront. Aber sie muss sich gegen beide Supermächte richten und nicht nur gegen den russischen Sozialimperialismus. Die GRF will die Amerikaner in Westdeutschland lassen. Sie argumentieren, dadurch würde uns eine Atempause gewährt. Genossen, nach dieser Logik wäre es nicht nur gut, dass hier gegenwärtig über 200 000 Amerikaner in Westdeutschland sind, demnach wäre es besser, wenn 800 000 oder 1 Millionen US-Besatzer in Westdeutschland wären. Das würde doch die Atempause wesentlich verlängern. Dann könnten doch die Amis gleich die „Verteidigung“ übernehmen und vielleicht gehen sie sogar bei und beseitigen den westdeutschen Imperialismus.

Genossen, diese Art Logik ist nichts anderes als Kapitulantentum. Für eine revolutionäre nationale Front sind wir dagegen schon in der Erklärung unseres Zentralkomitees von 1973 eingetreten. Sie ist ein Hebel, um breite Massen, über den Kampf gegen die beiden Supermächte und für die nationale Einheit, für den Kampf für den Sozialismus zu gewinnen. Diese Front brauchen wir. Vor allem aber brauchen wir die revolutionäre Einheitsfront aller revolutionären Klassen und Schichten unseres Volkes unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Kommunistischen Partei zum Sturz der eigenen Bourgeoisie.

Genosse Mao Tsetung hat darauf hingewiesen, dass das Volk drei Dinge braucht: Die Kommunistische Partei, die Einheitsfront aller revolutionären Klassen und Schichten und die Volksarmee. (...)

Wie ihr wisst, arbeitet die Partei zur Zeit an ihrem Programm. In dem Programmentwurf stehen einige Sätze, die ich in diesem Zusammenhang zitieren möchte:

„Eine energische Führung zielt in den Tageskämpfen hauptsächlich darauf ab, die revolutionären Kräfte zu sammeln, durch die in verschiedenen Formen geführten Tageskämpfe das Bewusstsein des Proletariats und der Volksmassen zu heben, die Reihen der eigenen Klasse zu schulen und ihre Kampfkraft zu stählen. Sie muss sich ideologisch, politisch, organisatorisch und militärisch auf die Revolution vorbereiten. Nur dadurch wird sie, wenn die revolutionäre Situation herangereift ist, die Gelegenheit nicht versäumen, den Sieg zu erringen. Andernfalls wird die Gelegenheit für eine Revolution, selbst wenn eine revolutionäre Situation herangereift ist, verpasst. Der Ausbruch einer Revolution und ihr Sieg erfordern nicht nur das Vorhandensein einer objektiv revolutionären Situation, sondern auch die Vorbereitung der subjektiven revolutionären Kräfte und ihre Aktion. Deshalb müssen dem bewaffneten Kampf alle anderen Formen des revolutionären Klassenkampfes dienen, sie müssen so beschaffen sein, dass sie die Massen eben für die gewaltsame Revolution erziehen und ausbilden.“ (...)

In diesem Sinne, Genossen, möchte ich schließen und heiße, brüderliche Kampfgrüße unseren Genossen, die jetzt in der DDR zusammensitzen, übersenden.

Es lebe der Kampf für die Errichtung bzw. Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats in ganz Deutschland ! Es lebe der Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland ! Es lebe die Revolution !

